

Monitoring

(Extrem) rechte Strukturen und das zivilgesellschaftliche Gegenengagement **Nr.5**

Vorwort 2

Im Jahr 2015 wurden in Deutschland 13.846 rechtsextreme Straftaten registriert - ein Anstieg um gut 30 Prozent. Die häufig verdrängten Themen Rassismus und rechte Gewalt beschäftigen derzeit Politik und Gesellschaft. Auch in Hamburg nehmen rechte, rassistische und antisemitische Mobilisierungen und Aktivitäten, insbesondere gegen Geflüchtete, ihre Unterkünfte und die Engagierten im Feld, zu. Die Organisations- und Aktionsformen der (extremen) Rechten, die ausgrenzenden Artikulations- und Ausdrucksformen der sogenannten Mitte der Gesellschaft sind nicht statisch.

Die Monitoring Berichte des MBT Hamburg erscheinen darum, anknüpfend an die 2013 herausgegebene Broschüre „Umkämpfte Räume. Extrem Rechte Strukturen in Hamburg und das zivilgesellschaftliche Engagement gegen sie. Eine Bestandsaufnahme“, in unregelmäßigen Abständen, um Interessierten aktuelle Informationen und Wissen über (extrem) rechte, rechtspopulistische und ausgrenzende Strukturen in Hamburg, aber ebenso über neue Aktivitäten und Initiativen gegen rechts zu liefern. Das Monitoring versteht sich damit als Beitrag zur fachlichen und gesellschaftlichen Debatte und möchte verschiedenen AkteurInnen eine Stimme geben, die ihre eigenen unterschiedlichen Perspektiven einbringen

In dieser fünften Ausgabe beleuchtet Caroline Keller Hamburger Verbindungen zum NSU-Komplex, die nicht erst mit dem Mord an Süleyman Taşköprü am 27.06.2001, sondern bereits in den 90er Jahren beginnen. Der Artikel macht deutlich, warum unter die nicht ausreichende Auseinandersetzung mit dem NSU auch in Hamburg noch lange kein Schlussstrich gezogen werden darf und unterstreicht die von der Familie Taşköprü schon lange gestellte Forderung nach einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss in der Bürgerschaft.

Der Beitrag „Aufschrei um den Sexismus der vermeintlich »Anderen« - Kulturalisierung des Sexismus und die kollektive Verurteilung“ von Nissar Gardi analysiert die Diskussionen zu den gewalttätigen Übergriffen in der Silvesternacht in Köln, Hamburg und Stuttgart und stellt den funktionalen Zusammenhang der Unterdrückungsverhältnisse Sexismus und Rassismus dar, wie er in der derzeitigen Debatte um den Preis tatsächlicher Unterstützung für und Solidarität mit von sexualisierter Gewalt und Rassismus Betroffenen offenbar wird. Praktisch deutlich wird dieser Zusammenhang auch in den Nachbetrachtungen

Hamburg und der NSU
von Caroline Keller

3

Aufschrei um den Sexismus der vermeintlich »Anderen« - Kulturalisierung des Sexismus und die kollektive Verurteilung
von Nissar Gardi

7

**Gegen Sexismus und gegen Rassismus
Nachbetrachtung zur Demonstration
„Wir sind kein Freiwild“**
vom MBT Hamburg

10

**Refugees welcome Karo Viertel
Zwischen Hilfsprojekt und
politischer Intervention**
von Jonas Füllner, aktiv in der Initiative RWKaro

12

vom MBT Hamburg zur Demonstration „Hände weg!“, die Anfang Januar auf der Hamburger Reeperbahn stattgefunden hat.

Jonas Füllner, aktiv in der Initiative Refugees Welcome Karoiviertel, wirft einen persönlichen Blick auf das Engagement der AnwohnerInnen aus dem Karoiviertel zur Unterstützung Geflüchteter in den Messehallen und beschreibt den Spagat zwischen pragmatischer Hilfe für Geflüchtete und politischer Kritik.

In der Rubrik „Vermischtes“ gibt es wieder Hinweise auf Literatur, dieses Mal mit besonderem Fokus auf Publikationen zum NSU, einige Projekte und Veranstaltungen.

MBT Hamburg, März 2016

Hamburg und der NSU

von Caroline Keller

Im Juni 2015, als sich der Mord an Süleyman Taşköprü durch den NSU zum 14. mal jährte, beantragte Christiane Schneider für die Linksfraktion Hamburg die „Einrichtung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses (PUA) zum NSU-Terror in Hamburg, zur Aufarbeitung militanter neonazistischer Strukturen in Hamburg und ihrer Verbindungen zum und möglichen Rolle im NSU-Netzwerk, zur Untersuchung eines möglichen Fehlverhaltens Hamburger Sicherheits- und Justizbehörden einschließlich der Senatskanzlei und anderer Verantwortlicher“. Nach einer Debatte in der Hamburger Bürgerschaft wurde dieser Antrag in den Innenausschuss verwiesen. Die dort Beteiligten betonten, sofort geschlossen aufklären zu wollen, sobald sich eine neue Faktenlage ergebe, sei es durch den Prozess in München oder andere Untersuchungsausschüsse. Zu dem zum Antrag zugehörigen Fragenkatalog wurde von Behördenseite Stellung genommen, der Innensenator Neumann, Abgeordnete anderer Fraktionen und ein Vertreter des Hamburger Verfassungsschutzes zeigten sich im Innenausschuss noch einmal erschüttert über die Morde des NSU, gaben aber zu verstehen, dass es offenen Fragen speziell für Hamburg nicht mehr gäbe oder eine Beantwortung auch nicht durch einen Untersuchungsausschuss zu erreichen sei. Der Antrag wurde abgelehnt. Damit bleiben Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern die einzigen Bundesländer, in denen der NSU mordete, die bisher keinen Untersuchungsausschuss einrichteten.

Tatsächlich wird erst bei genauerer Betrachtung deutlich, warum auch in Hamburg eine nähere Untersuchung der Verstrickungen in

den NSU-Komplex notwendig ist und die Beschäftigung noch nicht als abgeschlossen angesehen werden kann.

Von Anfang an dabei

Hamburgs Verstrickung in den NSU-Komplex beginnt nicht mit dem

Mord an Süleyman Taşköprü am 27.06.2001. Hamburg war von Anfang an dabei. Die Struktur, die sich die drei Untergetauchten Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt gaben, wurde in den 1990er Jahren bis hinein in die frühen 2000er in der Neonazi-Szene insbesondere in Szenepublikationen diskutiert und ausgearbeitet. Es ging darum, eine nächste Phase im Kampf gegen das System einzuläuten, den bewaffneten Kampf, der ein Klima der Angst schaffen und Unsicherheit in der Gesellschaft schüren sollte, bis hin zur „nationalen Revolution“.

Eine dieser einschlägigen Zeitschriften war der „Hamburger Sturm“, von dem mehrere Ausgaben 1998 auch in der Garage der Kernzelle des NSU gefunden wurden. Einer der Hauptverantwortlichen für die Zeitung und die dahinter stehende Gruppe „Hamburger Sturm“, Torben Klebe, ist bis heute aktiver Neonazi, momentan für die NPD Hamburg tätig. Andrea Röpkke betonte vor dem ersten Bundestagsuntersuchungsausschuss zum NSU: der „Hamburger Sturm“ war einer der Wortführer, war einer der Strategieführer der Szene.“ Vorbild für die im Hamburger Sturm propagierten terroristischen Kleingruppen war Combat 18, der bewaffnete Arm von Blood & Honour. Heute ist bekannt, dass dieses auch in Deutschland tätige Neonazi-Netzwerk den NSU entscheidend während und nach der Flucht unterstützte. Im Jahr 2000 wurde sowohl der „Hamburger Sturm“, als auch die deutsche Division von Blood & Honour verboten. Die Seilschaften hielten aber über dieses Verbot hinaus.

Das Konzept der terroristischen Kleingruppe ist nicht das erste auch in Hamburg diskutierte, dem sich die drei, die später die Kernzelle des NSU bilden sollten, anschlossen. Die in den 90ern für die Neonaziszene in Deutschland zentrale Struktur „Anti-Antifa“ wurde u. a. vom bis heute aktiven Hamburger Neonazi Christian Worch erdacht. So organisierten sich auch in Thüringen informelle Gruppen und Zusammenschlüsse unter diesem Namen und traten 1994 das erste Mal auf die Bildfläche. Aus anfänglich 20 Personen wurden bis zu 120, die

sich 1997 in „Thüringer Heimatschutz“ umbenannten. Der „Thüringer Heimatschutz“ ist heute bekannt als die Struktur, aus der der NSU und seine engste Unterstützer_innenstruktur kamen.

Doch in Thüringen wurden nicht nur auch aus Hamburger Szenenblättern entnommene Ideen in die Tat umgesetzt. Vielmehr bemühten sich führende Köpfe der Neonazi-Szene aus Hamburg aktiv und vor Ort um Vernetzung und Stärkung der ostdeutschen Strukturen. Der eben schon erwähnte Worch beteiligte sich federführend am „Aufbauplan Ost“, dieser „propagiert den massiven Einsatz westdeutscher Nazi-Kader in der ehemaligen DDR, um unter Ausnutzung des gesellschaftlichen Umbruchs und Zusammenbruchs alter Strukturen möglichst erfolgreich eine neonazistische Infrastruktur aufzubauen.“

Der V-Mann vor den Toren der Stadt

Vor und nach dem Untertauchen des Kerntrios des NSU gibt es immer wieder Einzelverbindungen zwischen Neonazis aus Hamburg und aus dem direkten Umfeld des NSU. Dies betrifft auch prominente Hamburger Neonazis wie die Anwalt_innen Jürgen Rieger und Gisa Pahl, die bei Schulungen in den 1990er Jahren sogar auf die drei trafen und später wohl jeweils einen sogenannten NSU-Brief erhielten. Mit diesen aus dem Untergrund verschickten Briefen machte der NSU Werbung für seine Sache und legte Geld zur Unterstützung der jeweiligen Strukturen bei. Auf der dazugehörigen Adressliste fanden sich auch Riegers „Artgemeinschaft – Germanische Glaubens-Gemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung“ und Pahl's „Deutsches Rechtsbüro“. Im Zuge der späteren Aufklärung wurden allerdings in beiden Fällen keine Hausdurchsuchungen durchgeführt. So konnte der Brief hier nicht, wie z.B. bei dem NPD-Politiker aus Mecklenburg-Vorpommern, David Petereit, gefunden werden.

Bei der Betrachtung der Einzelverbindungen ist der später als V-Mann „Tarif“ enttarnte Michael See aus Jena besonders herauszuheben.

Dieser gilt als Herausgeber der Szenezeitschrift „Sonnenbanner“ ebenfalls als Ideengeber des NSU und mit seiner Einbindung in viele Neonazi-Organisationen als sehr umtriebig und vernetzt. Nachdem es zunächst hieß, zwischen ihm und dem Trio könne ein „Kennverhältnis nicht ausgeschlossen werden“, hat der inzwischen in Schweden lebende und sich Michael Doleisch von Dolsberg nennende See gegenüber dem Spiegel angegeben, in seiner Funktion als V-Mann Hinweise auf den Aufenthalt von Zschäpe, Böhnhardt und Mundlos an seinen V-Mann-Führer weitergegeben zu haben, die aber nicht weiter verfolgt

worden seien. Nachweisen lässt sich das allerdings bisher nicht, da die Akten von V-Mann „Tarif“ am 11.11.2011 im Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln geschreddert wurden.

Der vom Bundesamt für Verfassungsschutz geführte See wurde in mehreren Bundesländern eingesetzt, um Informationen über die Neonaziszene zu liefern. Um die Jahrtausendwende herum war er auf „Combat 18 Pinneberg“ angesetzt und war dort dementsprechend aktiv. Die Welt der Neonazis ist letztlich klein – es gibt viele Bekanntschaften, die beispielsweise auf gemeinsam besuchten Demos oder Konzerten geschlossen wurden. Landesgrenzen sind hier zu vernachlässigen. So waren in dieser Zeit nicht nur mehrere Neonazi-Kader aus Hamburg in der Pinneberger Gruppe aktiv, sondern das Landesamt für Verfassungsschutz Hamburg hatte die Struktur fest im Blick, wie es in der Mitteilung des Hamburger Senats an die Bürgerschaft zum NSU heißt.

Im genannten Zeitraum scheiterte das Verbotsverfahren gegen das „Nationale und Soziale Aktionsbündnis Norddeutschland“ und seine koordinierende Struktur, das „Aktionsbüro Nord“. Gegründet wurde diese Struktur unter anderem von Thomas „Steiner“ Wulff und Neonazis des „Hamburger Sturm“. Es beteiligten sich Kameradschaften aus Hamburg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen (wo See auch eine Zeit lang wohnte), Mecklenburg-Vorpommern und Bremen. Die Neonazis aus Hamburg waren also auch um das Jahr 2000 herum bemüht um Aktivität und Vernetzung über ihre Stadt hinaus. Dort trafen sie nun auch den Thüringer Michael See wieder, den sie zuvor bei Gelegenheiten wie den Neonazi-Schulungen von Jürgen Rieger oder paramilitärischen Übungen im niedersächsischen Neonazi-Zentrum Hetendorf hätten kennenlernen können. Rieger zumindest kannte Michael See nachgewiesenermaßen persönlich, vertrat er ihn doch als Anwalt vor Gericht. Das Hamburger LKA beobachtete die Entwicklung dieser Organisation, bezeichnete sie als gefährlich und strebte ein Verbot an. Jedoch: Der Verfassungsschutz intervenierte, „weil er seine Quellen schützen wollte“, wie ein Fahnder der Polizei 2013 der taz erzählte. Diese schrieb auch, um welche Quelle es sich unter anderem handelte: der „V-Mann des Bundesamtes für Verfassungsschutz Michael S.“

„Mord im Gemüseladen“

Am 27. Juni 2001 fand Ali Taşköprü seinen Sohn sterbend im gemeinsamen Geschäft vor. Süleyman Taşköprü starb noch am Tatort. Danach wurde eine Mordermittlung in Gang gebracht, die zunächst normal erscheint. Zeug_innen wurden vernommen, Nachbar_innen

befragt. Kurze Zeit später stellte sich heraus, dass es sich bei der Tat um die dritte in einer Mordserie handelte, die in Bayern ihren Anfang genommen hatte. Doch zu diesem Zeitpunkt hatte die Polizei schon die Aussage einer Zeugin aufgenommen, die einen Streit in einer „Fremdsprache“ gehört haben wollte und sie hatten festgestellt, dass Süleyman Taşköprü ein kleines Vorstrafenregister sowie Kontakte zum sogenannten Kiezmilieu hatte. Nichts schwerwiegendes, wie später eingeräumt wird, aber genug, um die Ermittlungen in eine ganz bestimmte Richtung zu lenken: Rotlichtmilieu und „Ausländerkriminalität“. Die Aussage des Vaters, der zwei Männer am Tatort gesehen hatte, die er als deutsch aussehend beschrieb, wurde vernachlässigt, wie auch die wiederholten Hinweise von anderen Vernommenen, sie könnten sich vorstellen, dass es sich um eine Tat mit rechtem Hintergrund handeln könnte. Dabei hatte ein Brief, den 2006 eine Hamburger Moschee-Gemeinde erhielt, den Hintergrund der Tat bereits nahegelegt. In diesem wurde sich rassistisch ausfallend gegenüber Türk_innen geäußert, deren Abschiebung gefordert, ein Bogen zu Hitler geschlagen und die Mordserie in diesen Zusammenhang eingeordnet und befürwortet. Die rechte Szene und Gleichgesinnte hatten verstanden, was vor sich ging. Die Nachricht des NSU war hier und in der migrantischen Community angekommen, noch bevor dieser sich 2011 selbst enttarnte.

Nach dem 11. September 2001 liefen die Ermittlungen in Hamburg mit einem Mindestpersonaleinsatz. Nachdem vermeintlich alle Spuren abgearbeitet waren, wurde der Fall im März 2003 für zwei Jahre auf Eis gelegt. Währenddessen lief die Mordserie weiter..

Erst als die bundesweite Ermittlungsgruppe Besondere Aufbauorganisation (BAO) Bosphorus gegründet wurde, wurden auch die Ermittlungen in Hamburg wieder aufgenommen. In der bundesweiten Ermittlungsgruppe wurde nach einer erneuten Fallanalyse 2006 eine Einzeltätertheorie, sogar mit möglichem rechtem Hintergrund, der Theorie des organisierten Verbrechens vorgezogen. Damit kam die BAO Bosphorus der Wahrheit sehr nah. Der nun dem Fall zugewiesene leitende Beamte, aus dem Bereich Organisierte Kriminalität, plädierte in der bundesweiten Ermittlungsgruppe mit Hinweis auf Taşköprüs Kontakte immer wieder dafür, den Hamburger Fall aus der Mordserie auszugliedern und separat zu behandeln.

Für die Versicherung des Hamburger LKAs, der Ermittlungsansatz „neonazistischer Hintergrund“ sei akribisch bearbeitet worden, fehlen in den Akten der damaligen Ermittlungen die Belege. Zu den

bekanntesten Anstrengungen gehörte, einen Wahrsager mit dem Verstorbenen Kontakt aufnehmen zu lassen, der dann von Banden und „dunkelhäutigen“ Mördern sprach und die Hamburger Polizei in ihren Theorien noch bestärkte. Noch bei seiner Aussage beim Bundestagsuntersuchungsausschuss bemühte der ermittelnde Polizist ein rassistisches Stereotyp, um Taşköprü zu beschreiben, er sprach von ihm als einem „ganz normalen türkischen Mann: leidenschaftlich, sehr energisch und dominant vom Wesen.“

Im „Stormer“, einer Publikation von Combat 18, die auch auf deutsch erschien, wird das Konzept des bewaffneten Kampfes so ausgeführt: „Die Zeit für Aktionen ist längst gekommen. [...] Nicht mehr die Staatsanwälte, Richter oder Systempolitiker sind das Ziel. Antifas, Drogendealer, ausländische Zuhälter und Kriminelle, sowie der ein oder andere Kleinunternehmer, der vorwiegend billige ausländische Arbeitskräfte beschäftigt, werden oder sollten von nun an ins Visier genommen werden. Der Vorteil wäre auch, dass niemand darum heulen würde, wenn es an und an mal einen Zuhälterkanacken oder Dealer treffen würde.“

Auch der Fahndungsdruck [...] wäre nicht sehr groß.“ Es liest sich wie eine Anleitung für die Taten des NSU und sagt auch die Reaktionen exakt voraus.

Neue Aufklärung

In Hamburg wird 2014 von Behördenseite bekräftigt, alles zur Aufklärung beitragen zu wollen. Das war das Versprechen des ehemaligen Hamburger Innensenators Michael Neumann von Anfang an, der bis heute betont, das Geschehene schmerze ihn persönlich. Gleichzeitig gibt es auf parlamentarische Anfragen wenig aussagekräftige Antworten oder den Verweis auf das Gerichtsverfahren in München, bei dem aber Behördenversagen keinen Platz findet. Einige Antworten gibt es wohl beim Parlamentarischen Kontrollausschuss. Aber dieser tagt geheim. Zugegeben wird, was Einzelne in Detailarbeit herausgearbeitet haben.

Im Mai 2014 wurde bekannt, dass dem Hamburger Verfassungsschutz im März durch einen seiner V-Männer eine CD mit der Aufschrift „NSU/NSDAP“ übergeben wurde. Dieser wiederum hatte sie vom V-Mann Thomas Richter alias „Corelli“ bekommen, der sie 2005 erstellte. Der V-Mann habe sie bei Aufräumen seiner Wohnung wiedergefunden und dann wegen der Aufschrift sofort dem Hamburger VS übergeben. Polizei-Beamte wollten Thomas Richter dazu befragen, fanden ihn aber tot in seiner Zeugenschutzwohnung bei Paderborn auf.

Inzwischen soll die Generalbundesanwaltschaft den V-Mann vernommen haben, über den Inhalt ist nichts bekannt.

Die Hamburger Behörden sehen ihre Aufklärungsbemühungen als vorbildlich, wie die „Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft. Der Nationalsozialistische Untergrund (NSU). Ermittlungen, Aufarbeitung, Konsequenzen in Hamburg und in der Zusammenarbeit der Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden des Bundes und der Länder“ betont. In der Senatsmitteilung findet sich eine Nacherzählung der Ergebnisse aller Untersuchungsausschüsse und Ermittlungskommissionen, mit



dem Ergebnis, dass in den meisten nichts zu Hamburg herausgefunden wurde. Dies wird zum Anlass genommen, immer wieder zu betonen, wie schlimm die Zustände, Versäumnisse, Fehler in anderen Bundesländern im Gegensatz zu Hamburg gewesen seien. Auch in Hamburg habe es Fehler gegeben, aber der Bericht hinterlässt den Eindruck, dass die Behörden im Grunde nicht auf dieses Ermittlungsergebnis hätten stoßen können, insbesondere, weil „keine vergleichbaren Erfahrungen“ vorgelegen hätten. Die Geschichte des Rechtsterrors in Hamburg wird hier völlig ausgeblendet. Stellenweise wird sogar dem Vater des Opfers implizit eine Mitschuld zugewiesen, habe doch sein Erinnerungsvermögen stellenweise nicht ausgereicht.

Neue Erkenntnisse könnte der zweite Untersuchungsausschuss zu NSU im Bundestag bringen. Anders als die Ausschüsse in einzelnen Bundesländern kann dieser länderübergreifend Akteneinsicht nehmen und hat auch Zugang zu den Akten des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Bei den Expert_innenanhörungen zu Beginn des zweiten Bundestagsuntersuchungsausschuss betonte Andrea Röpke die aktuelle Gefahr eines neuen rechten Terrors. Dieser könnte, wie in den 90er Jahren der NSU, aus einer bundesweiten völkisch-rassistischen Mobilisierung entstehen, wie sie aktuell festzustellen ist.

Bei genauerer Betrachtung fällt auf, dass bei rassistischen Demonstrationen gegen Geflüchtetenunterkünfte auch Neonazi-Kader wieder auftauchen, die zum Einen in den 90er Jahren schon aktiv zum Anderen teilweise Helfer_innen des NSU waren. So tritt der inzwischen nach Mecklenburg-Vorpommern verzogene Thomas Wulff auf dortigen Neonazi-Demonstrationen auf und in Schneeberg/Sachsen ist der beim Münchner NSU-Prozess angeklagte André Eminger auf ähnlichen Veranstaltungen anzutreffen. Die Vernetzungseffekte, die solche Zusammentreffen haben sind bekannt und so liegt hier ein Erfahrungsaustausch zwischen Neonazigenerationen nahe, der auch die Gefahr des rechten Terrors birgt. Bei der Verhinderung dieser Gefahr spielt auch die NSU-Aufklärung eine wesentliche Rolle. Je mehr bekannt ist über Netzwerke, die Auswahl der Opfer und diesbezüglicher Vorgehensweise der Neonaziszene, desto besser kann auch neuer Neonazi-Terror erkannt und verhindert werden. Dazu kann und sollte auch in Hamburg durch Zivilgesellschaft, Medien aber auch von der offiziellen Politik beigetragen werden. ■

Aufschrei um den Sexismus der vermeintlich »Anderen« - Kulturalisierung des Sexismus und die kollektive Verurteilung

von Nissar Gardi

Nach den gewalttätigen Übergriffen in der Silvesternacht in Köln, Hamburg und Stuttgart erleben wir bundesweit kontroverse Diskussionen und Forderungen um den Schutz „unserer“ Frauen und Kinder. Rechte, Nationale sowie konservative Christ_innen entdecken plötzlich ihre vermeintliche feministische, fortschrittliche und emanzipierte Seite. Es erhärtet sich jedoch der Verdacht, dass es ihnen dabei nicht um eine echte Auseinandersetzung mit Gewalt gegenüber Frauen und Kindern geht. Denn Gewalt, die von deutschen Männern ausgeübt wird, bleibt unsichtbar und unsichtbar bleiben ebenfalls Frauen - auch migrantische Frauen - die Gewalt durch deutsche Männer erleben.¹ Vielmehr beobachten wir aktuell, wie soziale Probleme, die die gesamte Gesellschaft, also auch Mehrheitsdeutsche, betreffen, ethnisiert oder kulturalisiert werden.

Unterstützung und Solidarität für Betroffene sexualisierter Gewalt und somit auch ein Aufschrei gegen Sexismus in unserer Gesellschaft sind weiterhin unumgänglich. Die Assoziations- und Argumentationskette und die Dimension, die die rassistische Verknüpfung und die gesellschaftlichen Dynamik annehmen, sind jedoch äußerst beunruhigend. Die extreme Rechte versucht mit rassistischen Parolen Zustimmung über ihre Stammwähler_innen hinaus zu gewinnen. Die Entwicklung der Wahlerfolge von rechten, nationalen Parteien in Europa und auch in Deutschland sowie die noch einmal zunehmenden rechten und rassistischen Übergriffe zeigen, dass dieser kulturalistische Rassismus mit dem Feindbild Geflüchtete, Islam und Muslim_innen auf einen gesellschaftlichen Resonanzboden stößt. Unübersehbar bleibt, dass der (antimuslimische) Rassismus ein gesellschaftlich weit verbreitetes und tief sitzendes Phänomen ist. In dieser Hochzeit des Populismus verstärken Aussagen von Politiker_innen, Einträge und Kommentare in den Social Media und die Berichterstattungen diesen Eindruck eher,

als dass sie ihn beheben.

Dieses beunruhigende Rekurrenieren auf rassistischer Darstellungen und Aktionen wird uns für wahrscheinlich längere Zeit begleiten. Dringend scheint es in dieser Situation, die Bilder und Mythen, die der öffentlicher Diskurs über die als durchgängig heterosexuell imaginierten geflüchteten Menschen, die (vermeintlichen) Muslim_innen zeichnet, zu interpretieren und zu hinterfragen, welche Funktionen sie erfüllen. Entsprechend müssen wir analysieren, was uns diese Bilder und Affekte vermitteln, was sie bei den Dargestellten bewirken und was sie über unsere Vergesellschaftung sagen.

Die Praxen, die Geflüchtete, (vermeintliche) Muslim_innen und bestimmte Communities in den Verdacht stellen von Grund auf sexistisch, antisemitisch, homophob, gewalttätig, wenn nicht gar potenziell

terroristisch zu sein, kommen nicht von ungefähr.² Die Proklamierung der Unvereinbarkeit von Kulturen mit der heimischen, die Slogans zur »Überfremdung durch die Einwanderung« und zur »Beherrschung durch Terroranschläge« sind tief mit dem europäischen und damit auch deutschen Denken verwoben. Diese Erzählungen, Bilder und Praxen,

1 Vgl. Nivedita Prasad, 2008: Gewalt gegen Migrantinnen und die Gefahr ihrer Instrumentalisierung im Kontext von Migrationsbeschränkung - Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession mit ethischer Verantwortung.

2 Vgl. Sammelband Yilmaz-Günay, Koray (Hrsg.), 2014: Karriere eines konstruierten Gegensatzes: zehn Jahre Muslime versus Schwule Berlin

die nicht Zufall oder eine naturgegebene Wahrheit abbilden, bestimmen unsere dominanten Wahrnehmungen. Sie sind Teil des Projekts Europa und der europäischen Nationen. Frantz Fanon, der die Gewaltförmigkeit des kolonialen Systems in seinen Arbeiten aufzeigte, verdeutlicht die Produktion einer Vielzahl rassistischer Mythen in der Geschichte der Moderne. In seinen Arbeiten macht Fanon deutlich, dass die Art der Zuschreibungen gegenüber den kolonisierten, den Schwarzen³ Frauen und Männern, mit verschiedenen rassistischen Darstellungen und Reden verbunden ist. Schwarze Männer werden als »Wilde Tiere« und »Schmarotzer« angerufen, ihnen wird die menschliche Realität abgesprochen und vermittelt, dass sie sich so schnell wie möglich der weißen⁴ Welt anpassen müssen.⁵ Von Schwarzen Männern werde nach Fanon nicht ein »männliches« sondern ein »Schwarzes männliches« Verhalten erwartet vor dem man Angst haben müsse.⁶

Aktuell richten sich diese rassistischen Praxen gegen geflüchtete Menschen, markiert als »Nordafrikaner« sowie als Muslime. In diesen Praxen finden sich sexualisierte Bilder über die »Fremden«, sexuell enthemmten und gewalttätigen Männer wider. In Folge der Übergriffe in der Silvesternacht ist eine kollektive Aufgebrachtheit, Erschütterung und Angst vorherrschend. Eine Angst, die als fast schon natürliche Reaktion anerkannt wird. Die Konstruktion der Bilder scheint uns als wahr. Diese scheinbar natürliche Angst steht jedoch in einen Zusammenhang mit der kolonialen, rassistischen sowie antisemitischen Geschichte Europas und den Erinnerungen und Festschreibungen dieser bis heute. Denn

3 Schwarz ist nicht im essentialistischen Sinne, als Identität zu verstehen, sondern im Sinne einer politischen Strategie, innerhalb derer Machtstrukturen der rassistischen gesellschaftlichen Verhältnisse beschreibbar gemacht werden können. Schwarz wird hier verstanden als innerhalb von politischen Kämpfen angeeignete Selbstbezeichnungen gegenüber der vorherrschenden Repräsentation von »Anderen« in der Dominanzgesellschaft. Diese Kategorien verweisen damit auch auf das Widerstandspotenzial von rassifizierten Subjekten. Der Begriff wird deshalb in der Großschreibung verwendet.

4 Der Begriff weiß beschreibt ebenfalls keine Identitätskategorie, sondern macht darauf aufmerksam, dass allen – auch weißen Menschen – ein Platz in dem rassistischen Machtverhältnis zugewiesen wird. Weißsein entspricht innerhalb dieses Systems einem bestimmten Ort, einer bestimmten Subjektivierung, die von einer Dominanzposition kaum getrennt werden kann. Gleichwohl weißsein durch interdependente Machtstrukturen kein absoluter Ort von Privilegien ist und diese damit selten absolut erfahren werden. Um die analytische Kategorisierung zu markieren wird das w kursiviert. Zum Nachlesen zu empfehlen sei für die Kategorien Schwarz und weiß die Veröffentlichung von Maisha Eggers et al. (Hg.), 2005, »Mythen, Masken und Subjekte. Kritische Weißseinsforschung in Deutschland«, Münster.

5 Vgl. Frantz Fanon, 2013: Schwarze Haut, weiße Masken, S.92ff., Wien

6 Vgl. ebd. 102ff.

nicht der »Mann« ist hier fokussiert als Täter sondern der »Fremde«.⁷ Die Angst vor dem »Fremden« hält sich ungebrochen. Das Erkennen der »Fremden« und die Angst funktioniert darüber, dass durch die kolonialen, rassistischen und antisemitischen Denkweisen und Praktiken festgelegt ist, wer als »Fremd« gilt. Darüber, dass der »Anderen«, »Fremde« im Unterschied zu »uns« als rückständig, archaisch und brutal identifiziert und abgewertet wird, kann das »Wir« und »unsere« Gesellschaft sich als aufgeklärt und emanzipatorisch konstruieren. Damit werden Europa und gerade auch Deutschland als Repräsentanten der richtigen Seite gesehen. Die Mehrheit sieht sich als Teil des »Abendlandes« welches human, aufgeklärt und europäisch sei. Doch die proklamierten Werte wie Freiheit, Gleichheit und Emanzipation haben nie für alle Menschen gegolten. Der Kolonialismus, die Shoa und ihre Tradierungen zeigen uns, dass bestimmte Menschen nie dazu gehört haben. Dennoch werden diese Werte ungebrochen zum »kulturellen Eigentum« Deutschlands gemacht.⁸

Im Zusammenhang mit diesen ungebrochenen Selbstvergewisserungsprozessen wird mit dem Slogan »der Islam gehört nicht zu Deutschland« eine grundsätzlich religiöse und kulturelle Differenz hergestellt, die den »Islam und die Muslim_innen« und »Deutsche« als sich gegenüberstehende Seiten positioniert. Argumentiert wird auf Basis von homogenen Kulturkreisen, die je in sich geschlossen und voneinander zu unterscheiden seien. Aufgrund von vermeintlichen religiös begründeten kulturellen Differenzen werden Menschen entsprechende, kollektive Wertvorstellungen und Lebenseinstellungen zugewiesen. Wobei die Klassifizierung dieser Differenzen immer hierarchisierend erfolgte und weiterhin erfolgt.⁹ Mit einer Selbstverständlichkeit wird angenommen, dass körperliche Merkmale, Namen und Sprache auf eine bestimmte Kultur, Ethnie oder Nation verweisen. Die Bedeutungen von Kultur, Nation, Ethnie gehen dabei ineinander über, werden zu unabänderlicher Natur und funktionieren in ihrer statischen Abgeschlossenheit und Wirkmächtigkeit wie das Konzept der »Rasse«.¹⁰ Der Unterschied bei den kulturalisierenden Rassismen ist, dass ihre naturalisierenden Merkmale nicht auf den ersten Blick erkennbar sind. Beispielsweise beziehen sich die aktuellen Aussagen nicht auf die Gewalttätigkeit der »Anderen« »qua Blut« sondern vermeintlich beeinflusst durch kulturelle Zugehörigkeit. Also seien die »Nordafrikaner« per Geburt und Herkunft, der eigenen oder auch der Eltern und Großeltern, besonders gewalttätig. Natio-ethno-kulturelle¹¹ Zuschreibungen bilden also

7 Zu Antisemitismus und Geschlechterkonstruktion Vgl. Sammelband A.G. GENDER-KILLER (Hg.), 2005: Antisemitismus und Geschlecht Von „effeminierten Juden“, „maskulinisierten Jüdinnen“ und anderen Geschlechterbildern, Münster

8 Vgl. Astrid Messerschmidt, 2014: Kritik und Engagement in den Uneindeutigkeiten von Befreiung, Unterdrückung und Vereinnahmung. In Anne Broden, Paul Mecheril (Hg.): Solidarität in der Migrationsgesellschaft. Befragung einer normativen Grundlage, Bielefeld

9 Vgl. Paul Mecheril, 2003: Prekäre Verhältnisse. Über natio-ethno-kulturelle (Mehrfach-) Zugehörigkeit, Münster

10 Vgl. ebd.

11 Vgl. ebd.

zentrale Bezugspunkte für die Deutung der kulturellen und sozialen Lebensweisen. Dabei ist die Annahme vorherrschend, dass die Differenz der Kulturen bei ihrem Zusammentreffen Probleme zur Folge habe. Die unterstellte Integrationsunfähigkeit der »Anderen« in »unsere« Norm- und Wertevorstellungen könne also zu Problemen führen und damit ebenfalls dazu, dass auch »wir« Probleme mit »ihnen« bekommen. Dieser Logik folgend, scheint Sexismus kein gesellschaftliches Problem mehr zu sein, das alle betrifft, sondern als islamischen Normen und Werten inhärent. Entsprechend können wir hierbei von einer Kulturalisierung des Sexismus sprechen. Was in den Aussagen zu den vermeintlichen »Frauenbildern im Islam« zum Ausdruck kommt. Das soziale Problem wird aus dem gesamtgesellschaftlichen Kontext ausgelagert und auf die „Anderen“ verschoben. Gleichzeitig wird unsichtbar gemacht, in welchen Bereichen der »eigenen« Gesellschaft Gewalt gegen Frauen ausgeübt wird. Nicht zuletzt wird die »eigene« Gesellschaft entlastet

und die sozialen Probleme wie die Legitimierung, Verharmlosung und Institutionalisierung von sexualisierter Gewalt der gesellschaftlichen Bearbeitung entzogen. Perspektiven und Studien die zeigen, wie die Zahlen zu sexualisierter Gewalt in Deutschland aussehen und die verdeutlichen, dass die Täter meist keine »Fremden« sind, sondern häufig Männer aus dem sozialen Umfeld der Betroffenen, also Familienangehörige, Nachbarn, Kollegen oder Freunde¹², werden konsequent ignoriert.

Wenn die eigene natio-ethno-kulturelle Sicherheit als bedroht gesehen wird oder gar die Angst vorherrscht, Privilegien einbüßen zu müssen, scheint es kaum hinterfragt möglich zu sein, die proklamierten Werte

12 Vgl. FRA – Agentur der Europäischen Union für Grundrechte: Gewalt gegen Frauen: Eine EU-Weite Erhebung Online: http://fra.europa.eu/sites/default/files/fra-2014-vaw-survey-at-a-glance-oct14_de.pdf sowie Müller/Schröttle (2013): Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland. Ergebnisse der repräsentativen Untersuchung zu Gewalt gegen Frauen in Deutschland Online: <http://bit.ly/231JVdE>

des Humanen, Aufgeklärten und Emanzipierten über den Haufen zu werfen. Zum einen werden Forderungen nach Integration, Erziehung, Zivilisierung und Disziplinierung derjenigen gestellt, die eventuell in der Lage und Willens seien, die vermeintlich christlichen, westeuropäischen Werte zu achten. Zum anderen wird gefordert menschenrechtsverletzende Abschottungs- und Ausgrenzungsreformen zu intensivieren. **Bereits 2007 bewirkte der Diskurs zum Themenkomplex »Zwangsverheiratung« eine Verschärfung des Aufenthaltsgesetzes.** Dies führte letztendlich dazu, dass Migrant_innen aus bestimmten Ländern und mit erschwertem Zugang zu Bildungsinstitutionen, Eheschließung und damit die Migration nach Deutschland erfolgreich erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht wurde.¹³ Heute erleben wir Diskussionen und Forderungen nach weiteren Verschärfungen des Asyl-, Aufenthalts-, und Staatsbürgerschaftsrechts die aufzeigen, dass die Bilder und Erzählungen von den angsteinflößenden »Fremden« bis heute wirksam sind und die Handlungsperspektiven von Menschen massiv einschränken sowie individuelle, institutionelle und strukturelle Gewalt gegen die als »Andere« Markierten als legitim erscheinen lassen. In Rechtspopulistischen und Rechten Zusammenhängen werden kulturalisierte Assoziations- und Argumentationsketten deutlich zugespitzt. Aus dieser Perspektive wird mit einer Selbstverständlichkeit den »Anderen« im besten Fall Integration zugesprochen oder im schlimmsten Fall ihr Existenzrecht (in Europa) verwehrt.

Vor diesem Hintergrund können wir in Anlehnung an Astrid Messerschmidt¹⁴ hervorheben, dass wir weiterhin eine rassismus- und antisemitismuskritische Perspektive brauchen, die einen feministischen Anspruch auf Emanzipation, Aufklärung, Freiheit und Menschenrechte einnimmt und dabei die darin enthaltenen Widersprüche kritisiert und konsequent dabei hilft, dass sie tatsächlich für alle gelten. Der Mythos der aufgeklärten, nicht rassistischen und nicht antisemitischen Gesellschaft muss durchbrochen werden. Dieses könnte hilfreich sein für eine andere Perspektive auf die vermeintlichen Dilemmata im Sprechen über Sexismus und Rassismus sowie auf die Nichtthematisierung von dem funktionalen, strukturellen Zusammenhang der verschiedenen Unterdrückungsverhältnisse. ■

13 Vgl. Nivedita Prasad 2008

14 Siehe Fußnote 8

Gegen Sexismus *und* gegen Rassismus?

Nachbetrachtung zur Demonstration

„Wir sind kein Freiwild“

vom MBT Hamburg

An einer in Hamburg anlässlich der Vorfälle in der Silvesternacht organisierten Demonstration und den Auseinandersetzungen zu ihr im Vorfeld, lässt sich verdeutlichen, wie eine ausbleibende Positionierung gegen Rassismus in der aufgeheizten Debatte zum Thema Migration von Rechten genutzt wird, um eine Brücke in die gesellschaftliche Mitte zu schlagen.

Am 10.01.2016 versammelten sich unter dem Motto „Wir sind kein Freiwild. Hände weg!“ ca. 130 Menschen auf der Hamburger Reeperbahn. Die Protestaktion startete um 15 Uhr mit einer kurzen Versammlung vor dem Panoptikum, die eher einem Fototermin glich. Das mediale Interesse an der Demonstration war im Vergleich zu den TeilnehmerInnenzahlen enorm: die Hamburger Morgenpost, die Bergedorfer Zeitung, verschiedene Radio-Sender und auch Fernsichtteams waren vor Ort. Nach dem Auftakt zogen die Teilnehmenden über die Reeperbahn bis hin zum Beatles-Platz. Hintergrund waren die auch in Hamburg stattgefundenen Übergriffe gegen Frauen in der Silvesternacht. In der vordersten Reihe um die acht Frauen, ausgerüstet mit Plakaten: „Frauen sind kein Freiwild“, „Keine (sexualisierte) Gewalt gegen niemand“, „sexuelle Belästigung ist weit mehr als Beleidigung! Ändert das Strafrecht“ war auf ihnen zu lesen. Slogans und Forderungen, die FeministInnen, Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe seit langer Zeit aufstellen, seit Jahrzehnten weisen sie darauf hin, dass sexualisierte Gewalt und die Angst vor ihr Frauen in ihrer Bewegungsfreiheit und gesellschaftlicher Teilhabe einschränken. Nichts desto trotz zählte die Polizei neben 130 DemonstrantInnen rund 150 AntifaschistInnen, die den Protestzug am Rande kritisch begleiteten.

Nur wenige Stunden vor Beginn der Demonstration wurde die auf Facebook beworbene Veranstaltung von der Organisatorin um einen Zusatz ergänzt, der besagte, dass sie sich von Rassismus, Rechtsgesinnten und jeglicher Gewalt distanzieren. Lange nachdem sich abgezeichnet hatte

und die Organisatorin wiederholt darauf hingewiesen worden war, dass auch Personen aus dem (extrem) rechten Spektrum Interesse an einer Teilnahme hatten, eine Instrumentalisierung der Demonstration durch (extrem) Rechte zu erwarten sei. Die Veranstalterin und ihre MitstreiterInnen gaben sich zunächst unpolitisch, sie seien weder rechts noch links, sondern könnten selber denken. Die Hinweise von AntifaschistInnen wurden als Angriffe und Diffamierungen aufgefasst, ganz nach der Devise „Da wollen wohl so ein paar Emanzen stören. Sollen mal kommen“.

Stattdessen kam, nachdem die eigentliche Veranstaltung quasi schon zu Ende war, eine Handvoll Neonazis aus dem Umfeld von Widerstand Hamburg, einer Abspaltung der Gruppierung Widerstand Ost West e.V. Ferner berichten AugenzeugInnen, dass auf der Demonstration Aufkleber mit der Aufschrift „Stoppt die Islamisierung Europas“ verteilt wurden.

Den VeranstalterInnen kann man nicht vorhalten dies gewollt zu haben – offen rechte Äußerungen und Sympathiebekundungen, allzu offensichtlich rassistische Kommentare wurden auf der Facebook-Seite zu der Veranstaltung nicht unkommentiert gelassen, wiederholt wurde darauf hingewiesen, dass es sich nicht um eine rechte Veranstaltung handeln solle, weder rechte noch linke Parolen erwünscht wären. Demonstrationen müssen auch nicht per se alle Macht- und Unterdrückungsverhältnisse thematisieren. Längst nicht alle Demonstrationen gegen Rassismus sind gleichzeitig beispielsweise auch ein explizites Statement

gegen Sexismus oder Sozialdarwinismus. Wohl aber kann versucht werden zu reflektieren, was hilfreich gewesen wäre, um die Besetzung der Demonstration von rechts konsequenter und erfolgreicher zu unterbinden, auch um daraus für die Zukunft zu lernen.

Ob man vor dem Hintergrund der emotionalen öffentlichen und medialen Debatten, die sich rund um die Vorkommnisse in der Silvesternacht in Hamburg, Köln und anderswo, ranken, nicht zwei, drei Sätze mehr schreiben sollte zu den Zielen und Inhalten der angekündigten Demonstration, wurde auf Facebook als Frage immer wieder aufgeworfen. Was an dem Motto „Finger weg“ nicht zu verstehen sei, so in etwa die Reaktion.

Nicht zu verstehen ist bei diesen knappen Worten: warum wird die Debatte um sexualisierte Gewalt, die FeministInnen seit Jahren anmahnen, ausgerechnet jetzt geführt? Das Ausmaß der Empörung in Bezug auf die Vorkommnisse in der Silvesternacht „ist eine absolute Ausnahme“ und, so der Bundesverband Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe in seiner Stellungnahme zu den Übergriffen in der Silvesternacht, „bedauerlicherweise wahrscheinlich zunächst auf den mutmaßlich nicht-deutschen Hintergrund der Täter zurückzuführen.“ Sexualisierte Gewalt ist nicht erst mit den EinwandererInnen nach Deutschland gekommen, die Herkunft der Täter aus Köln und Hamburg ist polizeilich noch nicht ermittelt, dennoch werden in der Debatte inzwischen härtere Gesetze, schnellere Abschiebungen, Obergrenzen und Gleichberechtigungskurse (nur) für Geflüchtete gefordert. Der völkische Nationalismus und antimuslimische Rassismus à la Pegida soll Eingang in Gesetze finden.

Vor diesen gesellschaftspolitische Auseinandersetzungen darf eine Veranstaltung, die sich für basale Menschenrechte, wie die körperliche und sexuelle Unversehrtheit jeder / jedes Einzelnen einsetzen will, nicht die Augen verschließen. Nicht nur die Kategorie „Geschlecht“ ist ein sozialer Platzanweiser und Anlass für vielfältige Diskriminierungen bis hin zu körperlichen Übergriffen wie in der Silvesternacht. Ebenso sind es die (vermutete) Herkunft, die Hautfarbe, die Sprache oder der Aufenthaltstitel. Im Kampf für Demokratie, gesellschaftlichen Zusammenhalt und Menschenrechte darf das eine nicht gegen das andere ausgespielt werden. Hinweise darauf hätten von den Verantwortlichen geprüft und ernst genommen werden sollen. Da dies unterblieben ist, war es am Ende wenig verwunderlich, dass früh auch Personen ihre Teilnahme an der besagten Demo signalisierten, deren Geschlechterpolitiken dezidiert antifeministisch sind (vgl. Monitor Nr. 4, September 2014), deren Weltbild ausgrenzend und menschenverachtend ist.

Auch zeigt die Auseinandersetzung im Vorfeld der Demonstration erneut die Konsequenzen der Extremismustheorie. Anstatt AntifaschistInnen und FeministInnen als Verbündete zu betrachten, das aktive und jahrelange Engagement gegen die (extreme) Rechte und ihre Ideologie und für die Betroffenen sexualisierter Gewalt und eine fortschrittliche Geschlechterpolitik zu nutzen, wurden sie als ebenso große Bedrohung wahrgenommen und – implizit - von der Veranstaltung ausgeschlossen. AntifaschistInnen und FeministInnen wollen Demokratie und Menschenrechte jedoch nicht abschaffen, sondern fordern sie im Gegenteil ein. So auch von den OrganisatorInnen der Demonstration „Wir sind kein Freiwild“ – die es doch eigentlich gut gemeint hatten.

Abschließend fasst es die Kampagne #ausnahmslos deutlich zusammen: „Alle Menschen sollen sich von klein auf, unabhängig von ihrer Ethnie, sexuellen Orientierung, Geschlechtsidentität, Religion oder Lebensweise, sicher fühlen und vor verbalen und körperlichen Übergriffen geschützt sein: egal ob auf der Straße, zu Hause, bei der Arbeit oder im Internet. Ausnahmslos. Das sind die Grundlagen einer freien Gesellschaft.“ ■

Mit der Broschüre „Geflüchtete willkommen heißen!“ hat das Mobile Beratungsteam gegen Rechtsextremismus Hamburg im Februar 2015 eine Sammlung von Analysen, Erfahrungsberichten und Praxisreflexionen aus und zu der Arbeit von Gruppen, Initiativen und Einrichtungen veröffentlicht, die Geflüchtete unterstützen und sich mit dem Thema Flucht und Rassismus beschäftigen. In dem seitdem vergangenen Jahr haben sich die gesellschaftliche Situation, politische Diskussionen und Ereignisse mehrfach deutlich verändert. Mit dem folgenden Beitrag soll an die Sammlung sehr unterschiedlicher Erfahrungen und Herangehensweisen angeknüpft werden und einer Initiative ein Forum gegeben werden, um ihre eigene Perspektive einzubringen.

Refugees welcome Karo viertel

Zwischen Hilfsprojekt und politischer Intervention

von Jonas Füllner, aktiv in der Initiative RWKaro

Die Sonne scheint. Erwachsene und Kinder pusten Seifenblasen, auf einem Grill brutzeln Lammkoteletts und Gemüsestreifen während sich im Hintergrund Menschen aller Nationen die Händereichen und tanzen. Es ist eine Szene aus einem Online-Clip, den die Initiative Refugees Welcome Karo viertel (RWKaro) am 31. August 2015 auf ihrer Facebook-Seite veröffentlichte. Die Aufnahmen stammen von einem Willkommensfest, das Anwohner_innen einen Tag zuvor für Hunderte Geflüchtete der benachbarten Messehalle auf die Beine stellten. Während die Kamera vorbei an den glücklich tanzenden Menschen schwenkt, rückt ein handbeschriebener Zettel in den Fokus: „Oh wie schön, dass ihr alle hier seid.“

Tausende klickten in den folgenden Tagen auf „gefällt mir“ und teilten das Video. „Weiter so“, „Danke Hamburg“ oder auch „Wunderbar“ kommentierten die Facebook-Nutzer_innen. Bundesweit verbreitete sich das Bild der fröhlichen, solidarischen Hamburger_innen. Es war die Hochphase einer Welle der Hilfsbereitschaft. Tausende engagierten

sich zu diesem Zeitpunkt in Anwohner_innen-Initiativen oder boten ihre Hilfe in der Kleiderkammer und Geflüchtetenunterkünften an.

Exakt einen Monat später, am 30. September 2015 verlassen die letzten Geflüchteten die Messehalle B6. Viele von ihnen bringt die Stadt jetzt

in leer stehenden Baumärkten unter. Die Sommerpause in der Messehalle ist beendet. Yachten und Motorboote nehmen den Platz in den Ausstellungsräumen ein. Denn in wenigen Wochen präsentiert sich hier die Hanseboot-Messe.

Die zuvor beispiellose Hilfsbereitschaft der Anwohner_innen aus dem Karolinen viertel sorgte dafür, dass Hamburg im Spätsommer 2015 weit über die Stadtgrenzen hinaus als Vorzeigebispiel für eine gelungene Willkommenskultur galt. Dabei nutzte die Stadt lediglich für einen vergleichbar kurzen Zeitraum von zwei Monaten die Messehalle. Und

dann sogar noch als Massenunterkunft weit unter den lange Zeit gültigen Standards für die Unterbringung von wohnungslosen Menschen. Zum ersten Mal allerdings kamen Geflüchtete mitten im Stadtzentrum unter. Umgeben von alternativ geprägten Stadtvierteln und soziokulturellen Zentren wie dem Gängeviertel und dem Centro Sociale im Karolinen viertel.

Die besondere Lage und die in diesen Stadtviertel seit vielen Jahren bestehende widerständige, politische Kultur waren ausschlaggebend für den Erfolg der Initiative Refugees Welcome Karo viertel. Während rund um die meisten Zentralen Erstaufnahmen mühsam Strukturen zur Unterstützung aufgebaut werden müssen, organisierten Anwohner_in-

nen aus dem Karolinenviertel eigenhändig eine Stadtteilversammlung am 10. August. Das war nur wenige Tage nachdem die ersten Geflüchteten die Messehalle bezogen. Aber über bestehende Netzwerke und Strukturen verbreitete sich die Einladung in Windeseile. Die Resonanz war überwältigend. Mehr als 400 Menschen drängten in den aus allen Nähten platzenden Musikclub Knust. Auf breite Zustimmung stieß eine von Stadtteilaktivist_innen aus dem Vorbereitungskreis ausgearbeitete Resolution, in der die Art der Geflüchtetenunterbringung in der Messehalle scharf kritisiert wurde: „Dass das selbsterklärte ‚Tor zur Welt‘ Hamburg nicht darauf vorbereitet ist, einige Tausend Menschen würdig willkommen zu heißen, ist ein Skandal. Dabei gibt es reichlich Leerstand in Hamburg. Der muss ein Ende haben: Leerstand zu Wohnraum! Jetzt erst recht für Flüchtlinge!“

Wenn andernorts in Hamburg bei bezirklichen Informationsveranstaltungen neue Unterkünfte vorgestellt werden, gehört es fast zur Regel, dass Anwohner Sorgen und Ängste vor zu vielen Neuankömmlingen in ihrer Nachbarschaft artikulieren. Sogar eindeutig rassistische Äußerungen stoßen dabei nicht immer auf Widerspruch. Bei der Versammlung im Knust hingegen waren die Anwesenden einer Meinung: Im Karolinenviertel sei ausreichend Platz für viele Geflüchtete. Da es sich bei der

Stadtteilversammlung um eine von Anwohnern organisierte Veranstaltung handelte, waren allerdings auch keine städtischen Vertreter anwesend, an die man solch eine Kritik hätte richten können. Erst ein paar Tage später präsentierte schließlich auch der Bezirk öffentlich seine Unterbringungspläne. Der Andrang hielt sich in Grenzen. Und kritisiert wurde nicht dass, sondern wie Geflüchtete in der Messehalle lebten.

Großen Anteil daran hatte sicherlich die links-alternative Bewohnerschaft des Karolinenviertels und der umliegenden Stadtteile. Aber auch der vorausgegangene Einsatz einiger Stadtteilaktivist_innen trug wesentlich dazu bei. Sie gründeten kurzerhand bei der Stadtteilversammlung zahlreiche Arbeitsgruppen. Dadurch waren zum Zeitpunkt der Bezirksveranstaltung zahlreiche Menschen schon in den nachbarschaftlichen Strukturen eingebunden. Sie alle übernahmen Aufgaben bei der Integration und Unterstützung der Flüchtlinge. Diese Arbeitsgruppen kümmerten sich fortan um medizinische Betreuung, Sprach- und Nähkurse, Informationskarten, Sport- und Kinderprogramm, Übersetzungen, Spenden und Stadtteilstiftungen. Außerdem gründete sich bei der ersten Stadtteilversammlung eine Kleiderannahme- und -ausgabestelle, die in einer der Messehallen ihr Zuhause fand. In wenigen Wochen erwuchs aus dem anfänglichen Nachbarschaftsprojekt für Geflüchtete

in der Messehalle ein gigantisches Hilfsprojekt, das inzwischen von einem eigenem Verein, dem Hanseatic Help e.V., koordiniert wird. Insgesamt wurden nach Angaben des Vereins in den ersten sechs Monaten mehr als 1,5 Millionen Artikel gespendet. Inzwischen versendet der Verein Kleiderspenden in Krisenregionen weltweit. Der Erfolg der Kleiderkammer resultiert sicherlich auch aus der Lage. Denn mitten in der Stadt konnten Spender_innen mit dem Auto auf dem Weg ohne große Umschweife Altkleider abliefern. Vor allem aber: Nirgendwo war mitmachen so einfach wie in der Messehalle. Hunderte, vorwiegend junge Hamburger_innen strömten im Spätsommer 2015 täglich in die bundesweit wohl größte Kleiderkammer, um Kleider zu sortieren. Die Tage vor Ort waren spektakulär. Man traf Gleichgesinnte, gut Gelaunte, ja, einfach tolle Menschen. Helfen war auf einmal hip.

Um mehr Menschen zu informieren und weitere Möglichkeiten des Mitmachens anzubieten, lud die Initiative Refugees Welcome Karo viertel für den 26. August zu einer weiteren Stadtteilversammlung in den Ballsaal des Millerntorstadions. Dieses Mal folgten mehr als 1000 Interessierte der Einladung, die eigentlich nur über Facebook verbreitet wurde. Es war die mit Abstand größte selbstverwaltete Anwohner_innenversammlung auf St. Pauli der vergangenen Jahre, wenn nicht Jahrzehnte. Im Zentrum der Veranstaltung standen nicht große politische Reden, sondern konkrete Angebote des Mitmachens und der Vernetzung.

Zeitweise erreichte die Initiative Refugees Welcome Karo viertel mit ihrem Facebook-Auftritt in dieser Phase bis zu einer Millionen Menschen. Die Initiative berichtete aber nicht nur über laufende Aktionen und Möglichkeiten der Mitarbeit. Sie mischte sich verstärkt auch in stadtpolitische Diskussionen ein, kritisierte die Form der Unterbringung

der Geflüchtete. Außerdem hatte die Initiative ein starkes Mobilisierungspotential. So rief sie beispielsweise Anfang September zum Empfang des sogenannten Train-of-Hope auf. Damals erreichten zahlreiche Menschen erst nach tagelangen Schließungen an der ungarischen Grenze den Harburger Bahnhof. Dort wurden sie von hunderten begeisterten Hamburger_innen in Empfang genommen.

Mit der Mobilisierung für solche Aktionen, aber auch der Kritik an der städtischen Politik sorgte die Initiative für reichlich Aufmerksamkeit. Zudem boten viele Menschen, Unternehmen und Organisationen nicht nur in irgendeiner Form über die Initiative ihre Hilfe an. Gemeinsam schafften sie es, Geflüchtete im Stadtteil sichtbar zu machen und mit den Bewohner_innen in Kontakt zu bringen. Unter anderem mit Stadt-

teilsten, Sportangeboten im Stadtteil, zahlreichen Ausflügen und dem kostenlosen Besuch eines Freundschaftsspiels des FC St. Pauli.

Mit der Verlegung der Geflüchteten aus der Messehalle in andere Unterkünfte Ende September verlor die direkte Unterstützungsarbeit in den umliegenden Viertel ihre Funktion. Denn den Geflüchteten war es nicht möglich, für einen Sprachkurs oder einen Fußball-Kick auf einem der Ascheplätze den weiten Weg aus der Unterkunft am Stadtrand ins Karolinenviertel auf sich zu nehmen. Einige Arbeitsgruppen stellten daher ihre Arbeit ein. Andere wiederum, wie die AG Kinderprogramm, Fundraising, Frauen, Medizin oder auch Telekommunikation hatten ihre Angebote bereits auf weitere Unterkünfte ausgeweitet. So richtete die AG Telekommunikation in mehreren Zentralen Erstaufnahmen ohne Unterstützung durch fördern & wohnen oder der Stadt ehrenamtlich kostenloses W-Lan für die Geflüchteten ein. Bis heute übernehmen diese AGen originär städtische Aufgaben. Und bis heute leistet die Initiative den Spagat zwischen pragmatischer Hilfe für Geflüchtete und politischer Kritik an der städtischen Geflüchtetenpolitik. Vor allem für Zweites betreibt die Initiative als RWKaro eine eigene Homepage und einen

Facebook-Account. Wenn Flüchtlinge bei Minustemperaturen in Zelten schlafen oder wenn Flüchtlingskinder medizinisch nicht versorgt werden, prangert die Initiative solche Missstände an. Zugleich organisiert sie an zahlreichen Erstaufnahmen ehrenamtlich das Unterhaltungsprogramm für Flüchtlingskinder und eine medizinische Versorgung und verhindert dadurch, dass Missstände überhaupt erst auftreten.

Refugees Welcome Karo viertel ist dieser Spagat in den vergangenen Monaten immer wieder gelungen. Die Initiative hat mit ihrem breites Hilfsangebot eine Willkommenskultur in Hamburg etabliert, von der die Stadt immer noch zehrt. Sie hat zugleich versucht, die Situation der in der Stadt Ankommenden zu verbessern. Das ist nur in Teilen gelungen. Denn in den vergangenen Monaten senkte die Stadt den Unterbringungsstandard mit der Schaffung immer größerer und schlechterer Massenunterkünfte kontinuierlich ab. RWKaro legt allerdings weiterhin den Finger immer wieder in die Wunden und benennt Missstände. In den kommenden Monaten wird sich zeigen, ob tatsächlich noch Verbesserungen erreicht werden können. ■

Literatur zum Schwerpunkt NSU

Zu den Taten und Strukturen des »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU), den Opfern der rassistischen Mordserie sowie den Verhalten von Behörden, Medien und Gesellschaft gibt es eine wachsende Anzahl an Literatur. Eine Auswahl soll hier aufgeführt und anhand ihrer Verlagsbeschreibungen kurz dargestellt werden.

John, Barbara, Hrsg. **Unsere Wunden kann die Zeit nicht heilen: was der NSU-Terror für die Opfer und Angehörigen bedeutet.** Sonderausg. Schriftenreihe / Bundeszentrale für Politische Bildung 1515. Bonn: bpb Bundeszentrale für Politische Bildung, 2014.

„Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdođru, Süleyman Taşköprü, Habib Kılıç, Mehmet Turgut, İsmail Yaşar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubaşık, Halit Yozgat und Michèle Kiesewetter: Neun Kleinunternehmer mit Migrationshintergrund und eine Polizistin ermordete der „Nationalsozialistische Untergrund“, kurz NSU, zwischen 2000 und 2007. Jahrelang ignorierten Behörden Hinweise auf ein fremdenfeindliches Motiv, vielmehr gerieten die Opfer und ihre Angehörigen selbst ins Visier der Ermittlungen. Den Getöteten wurde eine Nähe zur organisierten Kriminalität unterstellt. Nach dem Aufliegen der NSU-Terrorzelle im Jahre 2011 kamen gravierende Ermittlungsspannen ans Licht. Auch die Rolle des Verfassungsschutzes ist seither Gegenstand politischer und medialer Diskussion. Dieses Buch, herausgegeben von Barbara John, Ombudsfrau für die Hinterbliebenen der Opfer der NSU-Morde, lässt die Angehörigen zu Wort kommen. Sie berichten über Trauer, Verzweiflung, Stigmatisierung und nicht zuletzt darüber, wie die Taten sie von einem Land entfremdet haben, in dem sie sich eigentlich eine neue Heimat aufgebaut zu haben glaubten.“

Simsek, Semiya / Schwarz, Peter: **Schmerzliche Heimat. Deutschland und der Mord an meinem Vater**, Rowohlt, Berlin 2013. 272 Seiten, 18,95 Euro.

»Zweimal brach für Semiya Simsek eine Welt zusammen: das erste Mal am 9. September 2000, als ihr Vater Enver Simsek erschossen wurde. Da war sie vierzehn Jahre alt. Und dann, als nach über elf Jahren die Hintergründe der Tat ans Licht kamen: Es war der erste von zehn Morden des »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU). Nun berichtet Semiya Simsek, wie das Verbrechen ihr Leben und ihr Vertrauen in Deutschland erschütterte – das Leben einer türkischen Einwandererfamilie, für die dieses Land längst Heimat war.

Enver Simsek hatte es vom Hilfsarbeiter mit viel Fleiß zum Blumen-großhändler gebracht – eine deutsche Karriere. Doch nach seiner Ermordung wurde seine Familie von der Polizei, die Mafiakontakte vermutete, jahrelang verdächtigt, bedrängt und ausspioniert. «Elf Jahre durften wir nicht einmal reinen Gewissens Opfer sein», sagt Semiya Simsek. Hier erzählt sie ihre bewegende Geschichte: die einer jungen Deutschen und ihrer Familie, deren Leben durch einen Terrorakt zerstört, durch Vorurteile weiter zerrüttet wurde und die dennoch stark blieb. Und sie schildert die Hintergründe des Verbrechens, der Ermittlungsspannen und -irrwege; Semiya Simsek hatte exklusiven Einblick in die Polizeiakten. Ein Buch über einen der größten politischen Skandale der letzten Jahrzehnte und das aufwühlende Schicksal einer Familie.“

Aust, Stefan, und Dirk Laabs. **Heimatschutz: der Staat und die Mordserie des NSU.** Erste Auflage. München: Pantheon, 2014.

„Die Mitglieder des NSU konnten dreizehn Jahre im Untergrund leben, dabei zehn Menschen umbringen, über ein Dutzend Banken überfallen und mutmaßlich drei Sprengstoffanschläge begehen – dabei wurden sie gerade in den ersten Jahren von mehreren Geheimdiensten gesucht, sie waren umstellt von Verrätern, den V-Männern des Verfassungsschutzes. Warum hat man sie nicht entdeckt? Was lief schief? Die Rekonstruktion einer Jagd – detailliert, spannend, kontrovers.“

Schmincke, Imke, und Jasmin Siri, Hrsg. **NSU-Terror: Ermittlungen am rechten Abgrund: Ereignis, Kontexte, Diskurse.** X-Texte zu Kultur und Gesellschaft. Bielefeld: transcript, 2013.

„Unter dem Namen »NSU« beging eine rechtsextreme Gruppe über mehrere Jahre Banküberfälle und rassistisch motivierte Morde. Jahrelang wurde die Mordserie auch deshalb nicht gestoppt, weil sich die Ermittlung auf die Opfer selbst richtete. Nach Bekanntwerden des NSU-Terrors reagierte die Öffentlichkeit mit Erstaunen und Entsetzen. Der Band geht den vielen offenen Fragen zu diesem Ereignis nach. Die wissenschaftlichen, künstlerischen und publizistischen Beiträge widmen sich dem Versagen und Vertuschen der Verfassungsschutzorgane ebenso wie den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die das »Übersehen« rechtsterroristischer Aktivitäten möglich gemacht haben.“

Funke, Hajo: „**Staatsaffäre NSU - eine Streitschrift von Hajo Funke**“, Kontur-Verlag, Münster 2015. 408 Seiten, 20 EUR.

„Am 23. Februar 2012 versprach Angela Merkel den Hinterbliebenen der Opfer des NSU alles zu tun, um die Morde aufzuklären, die Helfershelfer und Hintermänner aufzudecken und alle Täter ihrer gerechten Strafe zuzuführen. Dieses Versprechen wurde bislang nicht eingelöst. Stattdessen wird die Aufklärung von Verfassungsschützern und Strafverfolgungsbehörden selbst gegenüber den Untersuchungsausschüssen bis heute sabotiert: mit dem Schreddern der Akten durch das BfV, mit der Blockade von Aussagen von Spitzeln oder schlicht dadurch, dass man jenen, die nach der Wahrheit fragen, als – Verschwörungstheoretiker – denunziert.

Hajo Funke rekonstruiert dies alles minutiös, greift zurück auf die Ursache der neonazistischen Gewaltbewegung seit den 1990er-Jahren, beschreibt Spitzel als Brandbeschleuniger, die neonazistischen Terrornetzwerke und ihre Verstrickung mit den Sicherheitsbehörden. Er verweist auf die gefährliche Schwächung der Sicherheit – vor allem der rassistisch Bedrohten – und fordert einen zivilgesellschaftlichen Aufbruch gegen die Zumutungen der Zuständigen und den gesellschaftlichen Kampf gegen die Gefahren des gewalttätigen Rechtsextremismus und entsprechender Ideologen.“

Virchow, Fabian, Tanja Thomas, und Elke Grittmann. – **Das Unwort erklärt die Untat – - Die Berichterstattung über die NSU-Morde - eine Medienkritik. OBS-Arbeitsheft 79**. Frankfurt am Main: Otto Brenner Stiftung, 2014.

„Unsere Studie geht dieser Frage in einer vielschichtigen Untersuchung der Inhalte, Hintergründe und Bedingungen der Berichterstattung erstmals nach. Untersucht wird die mediale Berichterstattung über die zwischen 2000 und 2006 begangenen Morde, die dem – Nationalsozialistischen Untergrund – zugerechnet werden. Fabian Virchow, Tanja Thomas und Elke Grittmann leisten mit ihrer detaillierten Analyse der in deutsch- und türkischsprachigen Printmedien über diese Morde erschienenen Artikel und Bilder einen Beitrag dazu, eine fundierte und differenzierte Diskussion über die Rolle der journalistischen Berichterstattung zu ermöglichen.“

Ramelow, Bodo, Hrsg. **Made in Thüringen? Nazi-Terror und Verfassungsschutz-Skandal**. Hamburg: VSA Verl, 2012.

„Zehn Morde, mehrere Sprengstoffanschläge und zahlreiche Banküberfälle gehen auf das Konto des »Nationalsozialistischen Un-

tergrundes«. Die Täter waren keine isolierte Zelle, sondern fest in organisierte Strukturen der Neonazi-Szene eingebettet. Der Staat hat bei der Bekämpfung dieser Strukturen versagt – war er auf dem rechten Auge blind?“

Ramelow, Bodo, Hrsg. **Schreddern, Spitzeln, Staatsversagen: wie rechter Terror, Behördenkumpanei und Rassismus aus der Mitte zusammengehen**. Hamburg: VSA: Verlag, 2013.

„Der rechte Terror des Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU) kostete zehn Menschen das Leben. Er erwuchs aus dem Rassismus in der Gesellschaft, der Verharmlosung der rechten Gefahr, dem systembedingten Versagen der Geheimdienste und Behördenkumpanei.“

Wenzel, Uwe, Beate Rosenzweig, und Ulrich Eith, Hrsg. **Rechter Terror und Rechtsextremismus: aktuelle Erscheinungsformen und Ansätze der politischen Bildungspraxis**. 1. Aufl. Wiesnecker Beiträge zu Politik und politischer Bildung 5. Schwalbach am Taunus: Wochenschau Verl, 2015.

„Vor dem Hintergrund der rassistischen Mordserie des – Nationalsozialistischen Untergrundes – (NSU) richten die Autorinnen und Autoren dieses Bandes den Fokus auf die anstehenden Herausforderungen für die außerschulische Jugendbildungsarbeit. Dieses Buch bringt Erkenntnisse und Erfahrungen von Autorinnen und Autoren aus Wissenschaft, praktischer Bildungsarbeit sowie von Akteuren aus der antirassistischen Arbeit zusammen.“

Kaufhold, Charlie: **In guter Gesellschaft? Geschlecht, Schuld & Abwehr in der Berichterstattung über Beate Zschäpe**. Edition Assemblage, Münster 2015. 112 Seiten, 14 EUR.

„Eine putzige Diddl-Maus mit rosa Hauspuschen (Süddeutsche Zeitung) oder ein Teufel, der sich zu Prozessbeginn schick gemacht hatte (Bild-Zeitung) – in der Berichterstattung über Beate Zschäpe gibt es wenig Erkenntnis über ihre Rolle im NSU. Das einzige, was gesichert scheint, ist: Zschäpe ist eine Frau, und das ist relevant. In diesem Buch werden erstens anhand eines repräsentativen Ausschnitts der Zeitungsberichterstattung die Darstellungsweisen von Zschäpe – insbesondere in Hinblick auf Geschlecht – genau betrachtet. Zweitens wird der Frage nachgegangen, wie diese spezifische Form der Berichterstattung historisch und politisch zu verstehen ist. Dazu werden Verbindungslinien zu dem Umgang mit

TäterInnenschaft und Schuld in Anschluss an den Nationalsozialismus gezogen und der Blick auf die Dominanzgesellschaft gerichtet. Diese erhält durch die vergeschlechtlichte Berichterstattung über Zschäpe die Möglichkeit, sich nicht mit eigenen (rassistischen) Strukturen beschäftigen zu müssen.“

Verweise auf Websites zum Thema NSU:

NSU Tatort Hamburg - nsu-tatort-hamburg.org/

„13 Jahre nach dem Mord an Süleyman Taşköprü in der Schützenstraße in Hamburg-Bahrenfeld, zweieinhalb Jahre nach dem Auffliegen der TäterInnen und ein Jahr nach Beginn des Prozess in München gegen fünf Angeklagte ist es still geworden in Hamburg beim Thema Nationalsozialistischer Untergrund. Man könnte auch sagen, still geblieben, wenn es darum geht, Hamburg als NSU-Tatort zu benennen, die Geschehnisse aufzuarbeiten, Fehler einzuräumen und die nötigen weitgreifenden Veränderungen vorzunehmen. Wo Aufklärung versichert wurde, stoßen alle Fragen auf taube Ohren und abwiegelnde Antworten. „NSU-Tatort Hamburg“ soll Aufmerksamkeit darauf richten und Öffentlichkeit dafür schaffen, dass der NSU auch in Hamburg gemordet hat. Bis zum Jahrestag des Mordes am 27. Juni werden hier immer wieder Interviews mit Hamburger AkteurInnen, die sich mit dem NSU beschäftigen und Gerichtsreportagen aus München zu lesen sein. Im Juli wird der Themenkomplex auf einer öffentlichen Veranstaltung diskutiert.“

Nebenklage NSU - www.nsu-nebenklage.de/

„Als Nebenklagevertreter vertreten wir die Interessen der Opfer der Mordanschläge. Dies muss nicht immer identisch sein mit dem Interesse der Staatsanwaltschaft, die Angeklagten nach ihrer Anklage zu verurteilen. Aus Sicht unserer Mandantschaft müssen das Versagen der Strafverfolgungsbehörden, die Ermittlungen gegen die Familien der Opfer und der offensichtlich vorhandene institutionelle Rassismus in den verantwortlichen Behörden Teil auch der strafrechtlichen Aufarbeitung der NSU-Morde sein. Wenn tatsächlich V-Leute der Sicherheitsbehörden im Umfeld der Mörder aktiv waren oder diese gar unterstützt haben, so muss dies thematisiert werden.

Wir wollen versuchen, den Ablauf der Verhandlung, die Darstellung des Verlaufes der Beweisaufnahme und die Bemühungen

der verschiedenen NebenklägervertreterInnen möglichst für alle LeserInnen verständlich darzustellen. Auch insoweit verstehen wir uns als Teil des Kampfes der Opfer der NSU-Mörder, aus der Opferrolle herauszukommen und jedenfalls bei der Aufarbeitung der Verbrechen aktiv mitzuwirken. Hierzu gehört auch die Frage, wer außer den jetzt Angeklagten die Vereinigung NSU unterstützt hat, ob weitere Personen im Bundesgebiet an der Vorbereitung oder Durchführung der Morde beteiligt und in welche Organisationsstruktur die Mörder eingebunden waren.“

NSU Watch - www.nsu-watch.info/

“Die rassistische Mordserie des »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU) markiert eine Zäsur in der bundesrepublikanischen Geschichte. Die Taten des NSU, sein Netzwerk und die Rolle der Behörden sind noch lange nicht aufgeklärt.

NSU-Watch wird von einem Bündnis aus rund einem Dutzend antifaschistischer und antirassistischer Gruppen und Einzelpersonen aus dem ganzen Bundesgebiet getragen, die seit über einem Jahrzehnt zum Themenkomplex arbeiten.

Der Kern der momentanen Arbeit von NSU-watch ist die Beobachtung des Strafprozesses am Oberlandesgericht in München. Wir sind an jedem Verhandlungstag im Gerichtssaal dabei, berichten über Twitter ([@nsuwatch](https://twitter.com/nsuwatch)) und erstellen [detaillierte Protokolle](#).

Neben den Protokollen der Verhandlungstage ist die Vermittlung von Wissen über Neonazis und den NSU zentrale Aufgabe unserer Arbeit. NSU-watch als Projekt von antifaschistischen und antirassistischen (Recherche-)Gruppen hat Zugang zu umfangreichem Wissen über die neonazistische Szene und die im NSU involvierten Strukturen. Wir vernetzen kompetente antifaschistische Projekte und Einzelpersonen – auch mit Anwält_innen der Nebenklage – und erarbeiten gemeinsame Einschätzungen und Expertisen.“

Projekte:

Datenbank Hamburg-Topographie der „Dabeigewesenen“

Mit der Datenbank „Die Dabeigewesenen“ (<http://www.hamburg.de/ns-dabeigewesene>) möchte die Landeszentrale für politische Bildung den Blick auf diejenigen lenken, die das NS-System stützten und mitmachten. Sie enthält eine Sammlung mit bislang rund 400 Kurzprofilen über Menschen, die auf unterschiedlichste Weise an den NS-Gewaltverbrechen in Hamburg Anteil hatten, so als KarrieristInnen, ProfiteurInnen, BefehlsempfängerInnen, DenunziantInnen, MitläuferInnen, TäterInnen, aber auch sogenannte Verstrickte, die z. B. nach durchlittener Gestapo-Folter zum Spitzel wurden. Dabei wurden alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens wie Medizin, Justiz, Bildung und Forschung, Verwaltung, Kirche, Fürsorge und Wohlfahrt, Literatur, Theater und Kunst, Wirtschaft, Sport, Polizei und parteipolitische Organisationen berücksichtigt. In vielen Profilen wird der weitverbreitete Enthusiasmus vieler Deutscher für den Nationalsozialismus, gegenüber „seiner Wirtschafts- und Sozialpolitik, seine Architektur, seine Weltanschauung“³ etc. deutlich. Und es zeigt sich, dass Menschen das NS-System stützten, indem sie z. B., ohne darüber nachzudenken und ohne zu hinterfragen, bereitwillig moralische und soziale Normen des NS-Staats übernahmen. Mit Schaffung der „Ausgrenzungsgesellschaft“ war es für die „Mehrheitsgesellschaft“ möglich, u. a. NS-Rassentheorien praktisch umzusetzen.

Die Datenbank „Die Dabeigewesenen“ geht am 18. Februar 2016 online. Auf einer Veranstaltung spricht u. a. Prof. Wolfgang Benz über das Thema „Wer und warum wurde Parteigenosse“ und stellt Dr. Brigitta Huhnke einige von ihr recherchierte und verfasste Profile NS-belasteter Hamburger vor, nach denen in Hamburg Straßen benannt sind. (Donnerstag, 18. Februar 2016, 19–ca. 21 Uhr Patriotische Gesellschaft, Reimarus-Saal, 20457 Hamburg, Trostbrücke 6)

Veranstaltungen:

Tagung „Globale Un-Gleichheit, Flucht und Bildung“ am 10. und 11. Juni 2016 an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg

Flucht, globale Not und Ungleichheit stellen ein epochaltypisches Schlüsselproblem dar. Benötigt wird mithin eine umfassende Auseinandersetzung mit dem Themenkomplex Flucht und Bildung, die Alternativen zu paternalistischen Maßnahmen Gedanklich ermöglicht und praktisch befördert.

Mit Beiträgen unter anderem von Prof. Dr. Iman Attia, Prof. Dr. Mária do Mar Castro Varela, Prof. Dr. Sabine Hess, Prof. Dr. Andreas

Pott, Prof. Dr. Joachim Schröder widmet sich die Tagung Fragen globaler Un-gleichheitsverhältnisse, Flucht und Bildung, die Offerten zur Annäherung an mehr Bildungsgerechtigkeit für Bildung und (Sozial-)Pädagogik anbieten.

Nähere Informationen zur Tagung: <http://www.fb12.uni-bremen.de>

Zusatzausbildung „Prävention Berater_in gegen Rechtsextremismus Geschlechterbilder im Neonazismus“ ab Juni 2016, Gauting

Die dreiteilige Weiterbildung wird durchgeführt durch die Kursleitung von Dissens e.V. in fachlicher Zusammenarbeit mit der Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus Bayern (LKS). Geschlecht und Sexualität sind zentrale Strukturkategorien in extrem rechten Lebenswelten, Verhaltensweisen und Einstellungen. Für eine (pädagogische) Präventionsarbeit gegen Neonazismus ist die kritische Auseinandersetzung mit geschlechtsbezogenen Rollenbildern und Vorstellungen über Geschlechterverhältnisse aktuellen Studien folgend ein Erfolg versprechender Ansatzpunkt. Auf dieser Grundlage können Kindern und Jugendlichen vielfältige Möglichkeiten angeboten werden, sich geschlechtlich individuell und gleichberechtigt zu entwickeln. Somit werden ihnen alternative Angebote zu den stark einengenden und hierarchisierten Geschlechtervorstellungen in neonazistischen Lebenswelten gemacht – ein im besten Sinne präventiver Ansatz. Dieser wird, neben der Vermittlung von allgemeinen Grundkenntnissen über die extreme Rechte, der zentrale inhaltliche Orientierungspunkt dieser Weiterbildung sein. Die Weiterbildung vermittelt neben genauen Kenntnissen von Strukturen, Symbolen und Vorgehensweisen der rechten Szene vor allem Kompetenzen in Bezug auf die geschlechterreflektierte Neonazismus-Prävention und -Pädagogik in der Jugend- und Bildungsarbeit. Die Weiterbildung beinhaltet die Entwicklung eines entsprechenden Praxisprojektes unter geschlechterreflektierten Aspekten. Zielgruppen sind Pädagogische Mitarbeiter/innen aus allen Feldern der Jugendarbeit, Jugendhilfe und Schule, die sich pädagogisch mit rechtsextremen Tendenzen und Rassismus auseinandersetzen.

Mehr Informationen zur Zusatzausbildung: <https://www.institutgauting.de/seminare/praevention-berater-gegen-rechtsextremismus-geschlechterbilder-im-neonazismus/>

Das Mobile Beratungsteam gegen

Rechtsextremismus:

Beratung von Eltern, deren Kinder in die rechte Szene abzugleiten drohen; Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Initiativen, die sich gegen extrem rechte Präsenz wie szenetypische Bekleidungsgeschäfte oder sich jährlich wiederholende Aufmärsche in ihrem Umfeld wehren wollen; Zusammenarbeit mit kommunalen Stellen, die mit der Anmeldung von NPD-Ständen konfrontiert sind; Hilfe für Gruppen und Einzelpersonen, die von rechten AkteurInnen, Organisationen oder Websites bedroht oder angegriffen werden; Beobachtung von neuen und alten AktivistInnen, Organisationen und Strukturen der extremen Rechten; Beratung von BürgerInnen, die in ihren Sportstätten, Kleingartenvereinen oder an ihren Arbeitsplätzen rechte Parolen erleben – die Tätigkeits- und Aufgabenfelder des Hamburger Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus (MBT) sind sehr breit angelegt.

Sie erreichen das MBT unter:

mbt@hamburg.arbeitundleben.de
www.beratung-gegen-rechts-hamburg.de
www.hamburg.arbeitundleben.de
www.dgb-jugend-nord.de

Das Beratungsnetzwerk gegen

Rechtsextremismus:

Das BNW besteht mittlerweile aus mehr als 40 staatlichen und nicht staatlichen Institutionen aus Hamburg und dem Umland.

Die NetzwerkpartnerInnen treffen sich regelmäßig, tauschen ihre Erkenntnisse zum Thema Rechtsextremismus aus und entwickeln Gegenstrategien. Die Koordinierungsstelle ist bei der Johann-Daniel-Lawaetz-Stiftung angesiedelt. Diese leitet auch Anfragen direkt an das MBT weiter:

Tel: 040 42863 3625

Federführend zuständig ist die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration. Mehr Infos unter:

www.hamburg.de/beratungsnetzwerk

Das Mobile Beratungsteam gegen Rechtsextremismus Hamburg ist ein Projekt von Arbeit und Leben DGB/VHS Hamburg e.V. und der DGB Jugend Nord. Im Rahmen des Bundesprogramms »Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit« wird es gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration Hamburg.



Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie leben!



Hamburg

HerausgeberInnen

Arbeit und Leben DGB/VHS Hamburg e.V.

Vereinsregister: Amtsgericht Hamburg Registernummer: VR 9937

Kontakt: Arbeit und Leben Hamburg e.V., Besenbinderhof 60, 20097 Hamburg

Telefon: 040 284016-68

E-Mail: mbt@hamburg.arbeitundleben.de

V.i.S.d.P.: Horst H. Hopmann, Arbeit und Leben Hamburg, Besenbinderhof 60, 20097 Hamburg

Konzeption und Redaktionelle Betreuung: Fabian Kaufmann, Katharina Höfel

Juristische Beratung: Alexander Hoffmann, Dr. Björn Elberling

Gestaltung/Satz: pbd

Die Meinungen der AutorInnen geben nicht in jedem Fall die Meinung der BASFI wieder.